

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

37. Sitzung
14. März 2019

Beginn: 13.00 Uhr
Schluss: 15.35 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Stefan Franz Kerker (AfD) fragt, ob SenBildJugFam die Prognosen, auf die sich der Innen-senator kürzlich bezogen habe, bekannt seien, wonach es 2028 wieder weniger Kinder geben werde. Laut Senator Geisel werde man sich dann fragen, was man mit den Schulen machen solle. Teile die Bildungsverwaltung die Einschätzung des Innensenators?

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam) erklärt, die Zahlen wiesen ein eindeutiges Wachstum auf. 2019/20 habe man 325 000 Schüler/innen, 2027/28 werde man 373 000 haben. SenBildJugFam benutze die gleichen Daten wie SenStadtWohn und verifiziere sie mit den Kitaeingangs- und Geburtsdaten. 2027/28 werde man 40 000 bis 50 000 Schüler/innen mehr haben. Für diese baue man gerade. Ggf. könne man in 40 Jahren mit den Gebäuden etwas anderes machen.

Regina Kittler (LINKE) interessiert, warum in der Pressemitteilung der SenBildJugFam vom 4. März über Anmeldezahlen für die weiterführenden Schulen die Gemeinschaftsschulen nicht auftauchten. Wie hoch seien die Anmeldezahlen gewesen?

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam) bestätigt, dass es in der Presseerklärung ausschließlich um Sekundarschulen gegangen sei. Formal gehörten auch die Gemeinschaftsschulen dazu. Künftig werde man Zahlen auch für Gymnasien und Gemeinschaftsschulen ausweisen. – Von den 22 Gemeinschaftsschulen seien 13 übernachtet. Für 2 237 Plätze gebe es 2 392 Anmeldungen.

Regina Kittler (LINKE) fragt, warum auf der Senatsseite für Gemeinschaftsschulen diese immer noch als Pilotprojekt bezeichnet würden. Werde dies geändert?

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam) antwortet, jetzt finde man auf der Seite den Hinweis, dass die Gemeinschaftsschule im Schulgesetz fest verankert worden sei.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) kritisiert, dass es bei der Zahlung des Unterhaltsvorschlusses für Alleinerziehende Wartezeiten von zwei bis drei Monaten gebe. Was werde getan, um die unerledigten 12 000 Fälle schneller zu erledigen und die Wartezeiten zu reduzieren?

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) antwortet, dass die Zielzahl bei zwei Monaten liege. Die Gewährung von Unterhaltsvorschuss sei ein Schnellläuferprojekt des Senats. Am 30. Juni wolle man die Zielzahl in allen Bezirken erreicht haben.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) bemerkt, dass man noch in fünf Bezirken drei Monate warten müsse. Das angedachte landesweite Forderungsmanagement wäre eine Entlastung für die Jugendämter. Wie weit seien diesbezügliche Überlegungen?

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) bestätigt, dass das Forderungsmanagement, für das SenFin federführend sei, zentralisiert werden solle, um Entlastung zu schaffen.

Hildegard Bentele (CDU) fragt, wie der Senat ein einheitliches Vorgehen der Schulen bei der Bewertung der Abwesenheit vom Unterricht wegen Demonstrationsteilnahme sicherstelle.

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam) verweist auf die Regelung im Schulgesetz. Schulen und Schüler/innen wüssten genau Bescheid. Diese wollten einen Regelbruch erzeugen. Bei unentschuldigter Abwesenheit erfolgten eine Erfassung und ein Eintrag. Im Zweifelsfall werde dies im Zeugnis vermerkt, dies treffe auch seine Töchter. Der Senat sei in einer gespaltenen Position. Man könne das Engagement sinnvoll finden, aber die Beteiligten müssten mit Konsequenzen rechnen.

Hildegard Bentele (CDU) bezieht sich auf Presseberichte, wonach Schulleitungen sich abgesprochen hätten, die Fehlzeiten am Freitag nicht zu erfassen. Wie werde der Senat sicherstellen, dass es keine Unterschiede gebe?

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam) stellt klar, dass das Schulgesetz eindeutig sei. Die Handhabung in der Praxis sei wahrscheinlich unterschiedlich. Auf konkrete Verstöße gegen das Schulgesetz solle SenBildJugFam hingewiesen werden. Sie werde dem nachgehen. – Die Abwesenheit vom Unterricht sei ein Verstoß gegen die Schulpflicht, sie sei festzuhalten.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) berichtet, dass am 25. Februar das 2. Kita-Spitzengespräch der Senatorin mit den Akteuren im Kitabereich stattgefunden habe. Die erforderlichen Maßnahmen seien im Rahmen des Gesprächs betrachtet worden. Im Sommer werde eine Handreichung des BeKi-Instituts vorgelegt. Mit der Vielfalt des Personals in den Einrichtungen solle so umgegangen werden, dass gute Abstimmungsprozesse ermöglicht würden.

Hildegard Bentele (CDU) fragt nach dem Digitalpakt.

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam) bemerkt dazu, dass die KMK wahrscheinlich dem vorliegenden Paket zustimmen werde. Der Bundesrat werde morgen entscheiden. Dann folge die Ratifizierung. Es könnten 51 Millionen Euro pro Jahr für zu erstellende Förderrichtlinien abgerufen werden. 2019 werde es voraussichtlich einen Förderschwerpunkt in Lernumgebungen geben. Man werde unabhängig vom Digitalpakt die Glasfaseranbindung betreiben. Wahrscheinlich werde man einen Rahmenvertrag mit dem ITDZ nutzen, um zuerst die OSZs und dann regionenweise die Bezirke anzubinden, beginnend mit Neukölln. Danach könne man mit WLAN und Präsentationsgeräten ausstatten; geplant seien Lernumgebung, Fortbildung, Medienkompetenz usw. Für Schulclouds solle es ein ID-Management geben. Man werde entscheiden müssen, welches Lernsystem man in Berlin einführe.

Hildegard Bentele (CDU) entnimmt der Antwort, dass die Förderrichtlinien ab April erarbeitet würden und vielleicht am Jahresende vorlägen, sodass man 2020 mit der Beantragung der Gelder rechnen könne.

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam) sagt, er hoffe dass vereinzelt schon 2019 Geld fließen könne. Man wolle zuerst den Schulträgern eine Grundausrüstung garantieren. Es müsse geklärt werden, was mit der Richtlinie gefördert werden dürfe. Personal könne nicht gefördert werden. Man werde den Bezirken und Schulen Pakete anbieten, z. B. Breitbandanbindung. Ggf. würden Schulen schon vorher gefördert.

Der **Ausschuss** schließt den TOP ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Fast ein Drittel aller Berliner Schulanfänger mit schweren gesundheitlichen und Entwicklungsdefiziten – Welche Konsequenzen zieht der Senat aus den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchung 2017?
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0223](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Ergebnisse der Evaluation des Landesprogramms
„Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ und
daraus erwachsende Handlungserfordernisse**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0152](#)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 22.11.2018

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) konstatiert, dass es positive Ergebnisse gebe, Jugendsozialarbeit an Schulen zahle sich aus. Es gebe bessere MSA-Zahlen und Reduzierung von Schuldistanz. Die Koalition wolle die Sozialarbeit an den Schulen stärken, sie habe 20 weitere Stellen bewilligt. Man wolle an allen Schulen Jugendsozialarbeit einführen. Es sei noch viel zu tun. In Bezug auf die Koordination verschiedener Akteure sei das Programm ein Erfolg.

Katrin Seidel (LINKE) meint, das Erfolgsmodell sei fortzuführen. Es seien Probleme an den Schnittstellen benannt worden. Nicht der Schulleiter bestimme, sondern eine Steuerungsrunde verschiedener fachlicher Akteure. Die freien Träger könnten oft mangels Kapazitäten nicht teilnehmen. Hier sollte nachgebessert werden. Die Sozialarbeit sollte nach Größe der Schule bemessen werden. Wie sei der Stand der Bearbeitung der Rahmenrichtlinie?

Regina Kittler (LINKE) fragt nach Veränderungen für die Jugendsozialarbeiter/innen nach dem Tarifabschluss. Gebe es eine Veränderungen bezüglich der Diskrepanz zwischen E 9 und E 11?

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) bekräftigt, dass es sich um eine wertvolle und gute Arbeit handele. Es sollte an allen Schulen Jugendsozialarbeit geben. Man habe noch nicht über eine flächendeckende Finanzierung des Personals diskutiert. Habe der Senat eine Bestandserhebung gemacht? Oft reichten die bezirklichen Mittel nicht aus, um die Jugendsozialarbeit ausreichend zu finanzieren. Habe der Senat einen Überblick über die Defizite?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) meint, man müsse sich Gedanken über die Finanzierungsstrukturen machen. Das Landesprogramm solle ausgebaut werden, sodass es zur Standardausstattung der Schule gehöre. Dafür seien noch viele Schritte notwendig.

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam) antwortet, dass zur Tarifierung noch nichts Schriftliches vorliege. Die Anhörung habe die Auffassung von SenBildJugFam bestätigt. Flächendeckende Versorgung sei das Ziel. In den nächsten Doppelhaushalt wolle man 300 zusätzliche Stellen hineinnehmen, für ca. 18 Mio. Euro. – Die Ausweitung der Auswahlkriterien werde diskutiert: Schüleranzahl mit Lmb bzw. BuT, unentschuldigte Fehlzeiten, Größe der Schule, Abschlussquote und Planungsräume der Gemeinschaftsinitiative bei den Grundschulen. – Eine Rahmenrichtlinie und eine Förderrichtlinie würden entwickelt. Nach dem Sommer sollten sie veröffentlicht werden.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) erklärt zum Tarifabschluss, es sei ein gutes Ergebnis erzielt worden. Die Verhandlungsführerschaft habe sich im Interesse Berlins

ausgewirkt. Für den Sozial- und Erziehungsdienst solle ab Januar 2020 die SuE-Tabelle des TVöD auch in Berlin gelten. Die Tarifentwicklungen seien in die Kostenblätter für die Mitarbeiter/innen in freier Trägerschaft einzupreisen. Es sei gut für Berlin, dass zusätzliche Streiks vermieden worden seien. Mit dem Abschluss werde die Fachkräftegewinnung erleichtert.

Regina Kittler (LINKE) fragt, ob die Mittel für die freien Träger zweckgebunden weitergeleitet werden könnten, damit sie die Beschäftigten erreichen.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) erklärt, der Senat wünsche, dass der Tarifabschluss die Mitarbeiter/innen 1:1 erreiche. Die Träger hätten sich an den TVL zu halten. Es gebe auch Träger mit Haustarifverträgen. Die TVL-Ergebnisse würden in die Kostenblätter eingepreist. In der RV Tag werde man eine noch größere Verbindlichkeit anstreben, um die Umsetzung bei den Trägern zu erreichen.

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam) bemerkt, dass die Regiekosten um 8,3 Prozent erhöht würden. Damit lägen sie bei 6,5 Prozent der Personalkosten.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/1222

[0186](#)
BildJugFam

Folgeprojekt zum Gutachten „Die Unterstützung pädophiler bzw. päderastischer Interessen durch die Berliner Senatsverwaltung“: Vom Land Berlin unterstützten sexuellen Missbrauch endlich aufklären!

Stefan Franz Kerker (AfD) begrüßt, dass der Vertrag zu einem zweiten Forschungsprojekt unterzeichnet worden sei. Der Kostenplan der Uni Göttingen sei 2017 abgelehnt worden, obwohl der Betrag von der Veranschlagung der Forscher aus Hildesheim kaum abweiche. Der Senat werde aufgefordert, Akten bereitzustellen, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen und an das Abgeordnetenhaus zu berichten. Ein formaler Beschluss würde die immense Bedeutung der Aufklärung unterstreichen.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) weist auf die vorliegende Pressemitteilung hin. Göttingen habe das Angebot zurückgezogen. Viele Gespräche darüber, wie man die Akteneinsicht auf eine bessere Grundlage stellen könne, seien in die neue Projektierung und das Vertragswerk eingeflossen. Betroffene sollten einbezogen werden. Das Projekt sei größer und laufe länger. Es werde einen Zwischenbericht nach acht Monaten geben. Das gesamte Projekt koste 84 000 Euro.

Hildegard Bentele (CDU) fragt, ob der Senat Einrede wegen Verjährung erheben werde, wenn es zu Schadensersatzforderungen kommen sollte. Welche Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt seien umgesetzt worden?

Stefan Franz Kerker (AfD) fragt, welche Kenntnisse der Senat über die Lebensumstände, Anliegen und Bedürfnisse der Betroffenen habe. Welche konkrete Hilfe lasse man diesen zukommen? – Frau Dr. Nentwig habe die Einrichtung eines Hilfsfonds angeregt. Plane der Senat, einen solchen einzurichten?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) bemerkt, bezüglich der Verjährung komme es auf den Einzelfall an. Es habe nicht der AfD bedurft, um den Vorgang in die Gänge zu bringen. Die Verträge hätten mangels Vertragspartner nicht geschlossen werden können. Die neuen Vertragspartner/innen hätten eine ausgewiesene Expertise. Man werde sich damit auseinandersetzen müssen, wie man den Schutz von Menschen verbessern könne. Übergriffe hörten nicht einfach auf.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) sagt, in Bezug auf gestellte Strafrechtsanträge sei gerichtlicherseits mitgeteilt worden, dass die Taten verjährt seien. Was Hilfe für die Betroffenen angehe, habe man mit diesen in engem Kontakt gestanden. Das „Ergänzende Hilfesystem sexueller Missbrauch“ sei eingerichtet worden. Berlin erfülle seine Verpflichtungen.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.